Inlandpreis 0,55 M
B-Ausgabe
ISSN 0323—4940
BRD u. Berlin (West) 1,20 DM

Neues Deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 30. Juni/1. Juli 1990
45. Jahrgang/Nr. 150

SEITEN 5 und 6: ND-Extra zum Start in die D-Mark

Heute

● „Eingreiftruppe" gegen Ozonkiller
Seite 4

● Neue Serie: Die kulturelle Adresse
Seite 11

● Jahrzehnte geheim — Strahlenkatastrophe im Ural
Seite 12

● Wie es zur Bodenreform kam
Seite 13

ND befragte Politiker aus der DDR und der BRD zur Währungsunion

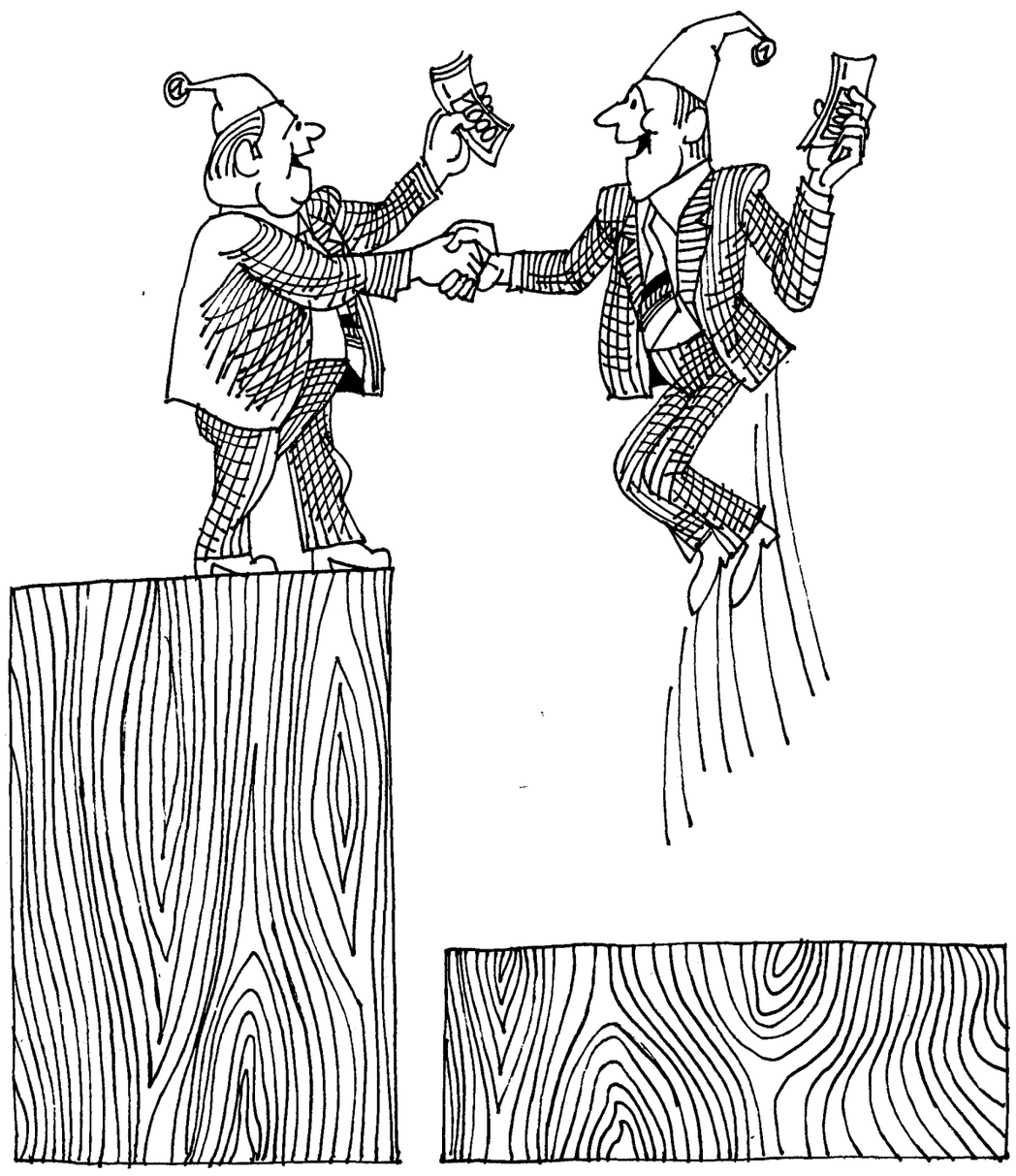
Hoffnungen, Chancen, aber auch Besorgnis

Berlin (ND). Die DDR wird nach diesem Wochenende nicht mehr sein, was sie war. Eine Zäsur sondergleichen ist angesagt. Grund genug, einigen der prominentesten Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die — gleichlautende — Frage vorzulegen: Welche Erwartungen und Hoffnungen, welche Befürchtungen verbinden Sie mit dem Stichtag der Währungsunion für diesen deutschen Landesteil, die DDR?

LOTHAR DE MAIZIÈRE, Premierminister: Ich hoffe, daß die Leute das Gefühl haben, das war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Daß die Zweifel und Ängste und all das, was in diesen Wochen echt vorhanden war oder an Ängsten geschürt wurde, so nicht begründet sind. Denn ich glaube schon, daß man mit 495 Mark Einkommen in DM mehr erwerben kann als mit 330 Mark Mindestrente bei subventionierten DDR-Preisen. Das zweite ist, daß die Menschen aufhören, unser Land zu verlassen. Es tun immer noch welche. Zwar nicht mehr 3000—4000 pro Tag, aber 2000 pro Woche. Das sind immer noch 2000 zuviel.

GREGOR GYSI, Vorsitzender der PDS: Hoffnung? Ja, ein bißchen schon, denn die Einführung der D-Mark kann zu mehr Effektivität der Wirtschaft und teilweise zu besserer Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung führen. Befürchtungen? Mehr als Hoffnungen. Denn die Währungsunion ist höchstens mit einer halben Sozialunion verbunden, die DDR-Regierung und das Parlament sind fast ausgeschaltet, und Betriebe, einschließlich Handwerks-, Gewerbe- und Privatbetriebe der DDR erhalten keine Chancengleichheit. Große Arbeitslosigkeit kann die Folge sein. Furcht auch vor einer Ellenbogengesellschaft, die Solidarität abbaut.

Weitere Prominentenmeinungen zur Währungsunion siehe Seite 2



Herzlich willkommen zur Währungsunion! Karikatur: Harald Kretzschmar

THEO WAIGEL, Bundesminister der Finanzen: Der Staatsvertrag ist ein Rahmen der Freiheit. Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik schafft den Rahmen, in dem die Deutschen in der DDR endlich ihr Leben selbst in die Hand nehmen und lang gehegte Wünsche und Ziele verwirklichen können. Er bringt die Freiheit der Konsumenten, er bringt die Vielfalt des internationalen Warenangebots in jeden Ort der DDR. Er bringt die Freiheit der Arbeitsplatzwahl und die Entscheidung, eine selbständige Existenz aufbauen zu können. Er bringt die Chance, durch Leistung zu erwerben und über das Erworbene zu verfügen. In einem Satz, der Staatsvertrag bringt unsere erfolgreiche soziale Marktwirtschaft, unsere stabile Währung sowie unsere soziale Vorsorge und damit die Perspektiven entscheidend verbesserter Lebensbedingungen.

HANS-JOCHEN VOGEL, Vorsitzender der SPD: Ich habe gespaltene Gefühle. Auf der einen Seite hoffe ich, daß die Wünsche und Erwartungen der Menschen in der DDR in Erfüllung gehen nach vierzig Jahren Mißwirtschaft, die das Land in eine katastrophale wirtschaftliche und ökologische Situation geführt hat. Ich hoffe, daß sie nun in einem ersten Schritt Anschluß gewinnen an Lebensbedingungen, die auch nicht ideal sind, aber den Menschen für ihre Arbeit endlich die verdiente Gegenleistung zur Verfügung stellen. Das ist die Hoffnung. Verbunden damit ist die Sorge, daß Fehler, die der Bundeskanzler zu verantworten hat, die Risiken, die mit diesem Umstellungsprozeß verbunden sind, größer werden lassen als unvermeidbar. Das gilt vor allem auch für die Arbeitslosigkeit.

Kolumne

Adieu, DDR!

Von ANDRÉ BRIE

Mit der Einführung der D-Mark geht die Geschichte des Staates DDR zu Ende. Irgendwann in den nächsten Wochen wird noch ein formaler Schlußstrich gezogen werden. Mit der Mentalität von Siegern sind die Herrschenden bestrebt, dieses Land, seine Geschichte, seine Kultur, seine vielfältige Identität auszulöschen oder umzutauschen wie die DDR-Mark in die D-Mark. Ich bin in Abschiedsstimmung, obwohl ich seit langem weiß, daß die DDR keine Perspektive mehr besitzt. Die Chancen sind seit dem 14. August 1961 verspielt worden.

Es ist notwendig, und es fällt so schwer, diesen Schnitt im eigenen Denken und Empfinden nun zu vollziehen — es gibt keine DDR mehr, es wird sie nicht mehr geben, und das, was uns jetzt erwartet, ist eine kapitalistische Gesellschaft, die offensichtlich sogar Gefahr läuft, weniger modern, demokratisch, rechtsstaatlich und sozial zu sein als jene, die sich im Wettbewerb mit dieser schwachen DDR entwickelt hatte. In meinen Erinnerungen werden sich die tiefe Enttäuschung, der Zorn über Selbstherrlichkeit, Menschenverachtung und Dummheit mit einem Heimatgefühl mischen, das sich eben doch auf das Land zwischen Elbe und Oder erstreckt hat. Lebendig bleiben wird die Vision einer sozial gerechten und humanistischen Gesellschaft ebenso wie die Furcht, daß meine Ideale jemals wieder mißbraucht werden könnten.

Ich bin nicht bereit, meine Traurigkeit zu verbergen, ich bin nicht bereit, mich ihr unterzuordnen.

Ich blicke über die Grenzen dieses Landes auf eine Welt, die tausendfach zersplittert ist. Ich blicke über die verschwindende Grenze an der Elbe auf eine Gesellschaft, die selbstzufrieden ihre eigene radikale Veränderungsbedürftigkeit ignoriert, weil sie nur die Dringlichkeit des Wandels im Osten sieht, und deren Sattheit in nicht geringem Umfang auf dem Verhungern in Afrika beruht. Ich blicke über die Grenze an der Oder, die zu einer Grenze zu werden droht, die mehr denn je teilt, statt zu verbinden, und die zugleich bedroht ist von jenen, die sich noch immer nicht mit ihr abfinden, weil der Fall der DDR für sie der Auftakt ist, den zweiten Weltkrieg 45 Jahre nach seinem Ende zu gewinnen. Vieles im gesellschaftlichen und politischen System der BRD ist besser als das, was wir in der DDR hatten. Das Problem ist nur: Es ist nicht gut, gemessen an den Problemen moderner Gesellschaften und der Menschheit in der Gegenwart und erst recht in den nächsten Jahrzehnten.

So mache ich mich frei vom Abschiedsschmerz. Ich empfinde die Herausforderung und die Hoffnung, die sich mit einer Ankunft verbinden. Was wir viele Jahre diskutiert und vermißt hatten, was im Gegeneinander von Kapitalismus und Sozialismus versäumt wurde, das rückt nun auf die Tagesordnung: eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz, eine Welt, die solidarisch ist, fähig, im Einklang mit der Natur zu leben, frei von atomarer, chemischer und anderer militärischer Bedrohung. Wir werden Bestandteil des kapitalistischen Deutschlands. Das wird jedoch nichts daran ändern, daß die Linke der DDR aufrecht in diese Vereinigung gehen wird, und nichts daran, daß die Geschichte der DDR im vereinigten Deutschland weiterleben wird. Sehr schnell wird sich erweisen, daß entgegen allen Bestrebungen der Regierungsparteien in Bonn und Berlin nicht nur die DDR, sondern auch die BRD, wie sie bisher existiert hat, der Vergangenheit angehören wird. Wir werden die Erfahrung eines sozialistischen Versuchs, seines Scheiterns, aber auch des Wissens, warum er scheiterte, in das neue Deutschland einbringen. Und wir werden die Erinnerung an produktive Ansätze bewahren, auch wenn sie im Ganzen mißlangen. Wir werden sie im neuen Kontext, mit neuem Inhalt in den politischen Auseinandersetzungen um den Fortschritt der neuen deutschen Republik vertreten.

Dieses Deutschland wird einen Beitrag leisten müssen zum Überleben der Menschheit. Es wird sich dazu grundlegend wandeln müssen. Eine solche Entwicklung wird ohne starke Bewegungen, die den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit, der Bürgerdemokratie, der Solidarität und eines gesamtgesellschaftlichen ökologischen Umbaus verpflichtet sind, nicht möglich sein. Die Sozialdemokratie wird zu ihnen ebenso gehören müssen wie konsequent kapitalismuskritische Kräfte, deren Bedeutung angesichts notwendiger qualitativer Wandlungen wachsen wird. Das sozialdemokratische Korrektiv hat zu vielen sozialen und demokratischen Errungenschaften für die Werktätigen in der BRD beigetragen, ohne die strukturelle Ungerechtigkeit dieses Systems anzutasten. In der DDR vermisse ich aber selbst dieses sozialdemokratische Korrektiv in der Regierungspolitik schmerzlich. Es dürfte in der Geschichte der europäischen Sozialdemokratie ohne Beispiel sein, daß eine ihrer Parteien mehrheitlich gegen erweiterten Kündigungsschutz während Schwangerschaft, Wochenurlaub und Krankheit sowie für Menschen mit Behinderungen stimmte, wie es die SPD-Fraktion in der Volkskammer tat. Deprimierend muß auch die Stimmenthaltung des DDR-Vertreters in der Internationalen Arbeitsorganisation hinsichtlich der Sanktionen gegen das südafrikanische Rassistenregime wirken. Das Außenministerium der DDR ist einem SPD-Minister unterstellt. Adieu, DDR! Es gilt Neues. Demokratische Sozialisten haben zum erstenmal seit Jahrzehnten eine wirkliche Chance. Ihr Denken, ihr Handeln, ihre Politik sind notwendiger denn je.

„Frankfurter Rundschau"

Bald 3 Millionen ohne Job in DDR

Frankfurt (Main) (ADN). Als einen „beispiellosen Gewaltakt mit völlig ungewissem Ausgang" charakterisiert am Freitag die „Frankfurter Rundschau" die Währungs- und Wirtschaftsunion der beiden deutschen Staaten. Das Ausmaß der in der DDR drohenden Arbeitslosigkeit sei nur eine unter den vielen Unbekannten der Währungsunion. Unter Berufung auf Angaben des in Westberlin ansässigen Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung schreibt die Zeitung, daß etwa ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitskräfte in der DDR ihre Beschäftigung verlieren könnten. „Das hieße, daß in der DDR 2,5 bis drei Millionen und im einig Wirtschaftsland fünf Millionen Menschen keinen Job hätten."

Wie dazu dpa am Freitag meldete, hat die Arbeitslosigkeit bei weiter gut laufender Konjunktur in der Bundesrepublik im Juni wiederum abgenommen. Erstmals seit 1982 sei sie wieder unter die 1,8-Millionen-Marke abgesunken.

Willy Brandt:

Metropole mit allen zentralen Funktionen

Berlin (ADN/ND). In einem Interview der „Frankfurter Rundschau" (Samstagausgabe) hat sich der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, für Berlin als künftige deutsche Hauptstadt mit allen zentralen politischen Funktionen ausgesprochen. Es sei ungerecht, die Stadt nur auf das Preußentum, die Nazis und die kommunistische Herrschaft zu reduzieren. Es komme aber auch darauf an, deutlich zu machen, „daß nicht alles nach Berlin muß". Die Bundesbank solle in Frankfurt am Main bleiben und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Den Bundesgerichtshof könnte sich Brandt in Leipzig, die Kultusministerkonferenz in Weimar vorstellen.

Am Freitagabend besuchte Willy Brandt das Berliner Rote Rathaus. Er wurde gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper, vom Ostberliner Stadtoberhaupt Tino Schwierzina begrüßt. Im Wappensaal wurde ihm die Regierung des Ostteils Berlins vorgestellt.

Kurz

Gipfel UdSSR—BRD

Bonn/Moskau. Auf Einladung des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow wird Bundeskanzler Kohl am 15. und 16. Juli die Sowjetunion besuchen. Wie am Freitag verlautete, würden die Gespräche in Moskau in engem Zusammenhang mit den äußeren Aspekten der deutschen Einheit stehen.

Noch 237 Übersiedler

Bonn. In den letzten Tagen vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ging die Zahl der Übersiedler immer weiter zurück. Laut Bundesinnenministerium kamen bis Freitag morgen um vier Uhr binnen 24 Stunden nur noch 237 Übersiedler. Seit Jahresbeginn haben 190 674 Menschen die DDR in Richtung BRD verlassen.

Handel in harter Währung

Moskau. Die UdSSR geht am 1. Januar 1991 im Handel mit den RGW-Ländern zu frei konvertierbarer Währung über. Darüber wurden am Freitag das RGW-Sekretariat und die Zentralbanken der Mitgliedsländer informiert.

Rebellen vor Monrovia

Monrovia. Die Rebellen, die in Liberia für den Sturz von Präsident Doe kämpfen, sind am Freitag weiter auf die Hauptstadt Monrovia vorgerückt. Es kam zu Schießereien.

Müllstreik beendet

Berlin. Die rund 3000 Berliner Müllwerker haben ihren viertägigen Streik gestern nachmittag beendet. Möglichst noch im Juli sollen Tarifverhandlungen aufgenommen werden. *(Seite 7)*

Ehrenbürgerschaft für den Bundespräsidenten

Richard von Weizsäcker sieht Berlin als Hauptstadt

Berlin (ND-Weber). Zum erstenmal seit 1946 hat Gesamtberlin wieder einen Ehrenbürger. Auf ältestem bebautem Berliner Grund und Boden, in der Nikolaikirche, wurde BRD-Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Freitag diese Würde zuteil. Einer entsprechenden Entscheidung von Abgeordnetenhaus und Senat in Westberlin hatten sich Stadtverordnetenversammlung und Magistrat von Ostberlin einhellig angeschlossen.

Richard von Weizsäcker, von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister von Westberlin, zeigte sich, von der Auszeichnung bewegt. In seiner Dankesrede erinnerte er an jüngste Geschichte: Am 9. November 1989, als die Mauer überwunden wurde, habe, wie vielleicht noch nie zuvor, die ganze Welt mit freudigem Herzen Anteil am Schicksal der Berliner genommen.

Mit Recht, so der Bundespräsident, stehen jetzt Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion im Vordergrund. Wir werden auf die Probe gestellt, „wie gut es uns gelingen wird, ein dauerndes materielles Gefälle zwischen verschiedenen Regionen zu vermeiden". Für diese Aufgabe sei es erforderlich, daß die Regierenden den ganz unterschiedlichen Realitäten in beiden Teilen Deutschlands täglich konkret und praktisch begegnen. Er verwies darauf, daß dies erst recht für die geistigen Prozesse gelte. Dazu gehöre die empfindsame Verarbeitung der Geschichte, zumal der letzten 40 Jahre: „Wer meint, 40 Jahre für sich oder bei anderen abschütteln zu können, der verleugnet das Leben", erklärte Richard von Weizsäcker.

Berlins neuer Ehrenbürger nahm die Gelegenheit wahr, sich in der Debatte um die künftige deutsche Hauptstadt zu bekennen, obwohl nicht er die „Hauptstadtfrage zu entscheiden" habe. Daran, daß er Berlin den Vorrang einräumt, ließ er keinen Zweifel. Berlin sei etwas vom Wertvollsten, was die DDR in die Vereinigung einzubringen habe, sagte Richard von Weizsäcker. „In Berlin haben wir, wie nirgends sonst, erfahren, was die Teilung bedeutet. In Berlin erkennen wir, wie nirgends sonst, was die Vereinigung von uns erfordert. Hier ist der Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands."

Namhafte Vertreter des öffentlichen Lebens aus Ost und West wohnten dem Festakt an historischer Stätte bei. Die Chefs beider Stadtparlamente, Christine Bergmann und Jürgen Wohlrabe, sowie Oberbürgermeister Tino Schwierzina und der Regierende Bürgermeister Walter Momper hoben die Verdienste des Bundespräsidenten als eines Wegbereiters der Vereinigung der Stadt hervor.

Auftakt und Finale der feierlichen Zeremonie gestaltete ein weltberühmter Klangkörper: Die Berliner Philharmonie unter Daniel Barenboim spielten Mozarts Sinfonie A-Dur.

Gesetz zur Landwirtschaft gebilligt

Debatte um gleiche Chancen

Berlin (ND-Stemmler/Werner). 21 Punkte standen auf dem Programm der 19. Tagung der Volkskammer am gestrigen Freitag, doch nur zu einem entwickelte sich eine kontroverse Debatte: zum Anpassungsgesetz für die Landwirtschaft der DDR an die soziale Marktwirtschaft. Ausgelöst wurde sie durch Dr. Werner Meyer-Bodemann von der Fraktion DBD/DFD. Er beantragte, in den vorgelegten Entwurf für die Zeit bis 31. Dezember 1990 für Bauern und Genossenschaften der DDR ein Vorkaufs- und Vorpachtrecht für Grund und Boden zu verankern, um ihnen gleiche Chancen gegenüber zahlungkräftigen Interessenten aus der BRD einzuräumen.

Im zuständigen Ausschuß hatte Einigkeit über einen solchen Passus geherrscht, die CDU/DA-Fraktion änderte aber plötzlich ihre Meinung und polemisierte mit fadenscheinigen Begründungen gegen die Chancengleichheit. Man einigte sich schließlich darauf, daß Personen, die nicht vor dem 7. Oktober 1989 in der DDR wohnten, für eine Übergangszeit keinen land- oder forstwirtschaftlich nutzbaren Boden kaufen oder pachten dürfen.

Im Laufe der Tagung verabschiedete das Hohe Haus 13 Gesetze, darunter das Umweltrahmengesetz, zwei Gesetze gegen Rechtswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Währungsumstellung, das Sparkassengesetz, das Gesetz über die Staatsbank und das Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen MfS/AfNS. Die Renten für einstige Mitarbeiter wurden auf höchstens 990 D-Mark begrenzt.

Die ursprünglich vorgesehene Berufung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt kam auf Antrag von Ministerpräsident Lothar de Maizière nicht zustande, da „das gesamte Personaltableau" noch nicht feststeht. Der Premier teilte lediglich mit, daß Dr. Detlev Carsten Rohwedder, ein, wie er sagte, bei der Sanierung von Unternehmen bewährter Experte aus der BRD, den Vorsitz übernehmen wird. Die aktuelle Stunde zu Beginn der Tagung erbrachte wenig Aufschluß über die DDR-Konzeption hinsichtlich der äußeren Aspekte des Vereinigungsprozesses.

In einer nur wenige Minuten währenden Sondertagung wurde die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission beschlossen. Sie soll die Vorgänge um die Umwandlung des Kraftwerkes Boxberg in eine Aktiengesellschaft klären.

Anzeige gegen Honecker

Berlin (ADN). Der amtierende Generalstaatsanwalt der DDR, Günter Seidel, hat im Zusammenhang mit den Todesschüssen sowie den Selbstschußanlagen und Minen an der Grenze die Aufnahme einer Anzeige wegen Mordverdachts gegen den früheren Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker, verfügt. Das teilte am Freitag die Pressestelle des Generalstaatsanwalts der DDR mit.

Unabhängig davon würden die bereits laufenden Untersuchungen gegen einzelne Schützen beziehungsweise zur Feststellung solcher mit Blick auf deren strafrechtliche Verantwortlichkeit weitergeführt. Von einer Zusicherung der Straffreiheit durch den Militäroberstaatsanwalt Oberst Bösel, wie in Berichten westdeutscher Medien behauptet, könne also nicht die Rede sein, heißt es in der Mitteilung weiter. Dieser habe lediglich auf die Kompliziertheit der Ermittlungen und die Tatsache hingewiesen, daß über strafrechtliche Schuld erst nach Abschluß der Untersuchungen entschieden werden kann.

In diese Untersuchungen würden im übrigen Beweisunterlagen einbezogen, die auf dem Wege der Rechtshilfe von Staatsanwaltschaften aus der BRD übergeben wurden. Weitere Beweisdokumente sollen in nächster Zeit übermittelt werden.

„Freiheitsbrief" der KSZE

Kopenhagen (ADN). Das Schlußdokument der Kopenhagener KSZE-Menschenrechtskonferenz stellt nach Ansicht des dänischen Außenministers Uffe Ellemann-Jensen einen großen Schritt in Richtung eines freien und friedlichen Europas dar. Es sei ein „europäischer Friedensbrief", der dem einzelnen Menschen Rechte gebe und den Staaten Verpflichtungen gegenüber dem einzelnen auferlege, erklärte er zum Abschluß der Konferenz am Freitag.

DDR-Delegationsleiter Dr. Johannes Langhoff unterstrich, „die Anerkennung menschlicher Würde und ihres Schutzes vor staatlicher Macht" sei mit dem Schlußdokument ein gutes Stück vorangebracht worden.

Als eine wichtige Etappe auf dem Weg zum KSZE-Gipfel in Paris wertete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am Freitag in Bonn den erfolgreichen Konferenzabschluß.

(Kommentar Seite 2)

Proteste wirkten:

Orchestern nicht gekündigt

Berlin (ADN). Der Generalintendant des Rundfunks, Manfred Klein, hat die zum 31. Juli 1991 angekündigten Kündigungen für Orchester und Chöre des Rundfunks zurückgenommen. Das teilte der Geschäftsführer der Orchestervereinigung der DDR, Dr. Claus Strulik, am Freitag gegenüber ADN mit. Gegen die Auflösung der Orchester und Chöre am Rundfunk in Berlin und Leipzig hatten die Orchestervereinigung der DDR in Berlin und die Deutsche Orchestervereinigung in Hamburg protestiert. In gleichlautenden Schreiben an die beiden Regierungschefs hatten die Musikorganisationen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident de Maizière aufgefordert, die Auflösung zu verhindern. Auch die Europäische Sinfonieorchesterkonferenz (ESCO), die gegenwärtig in Frankfurt (Main) ihre Jahresversammlung abhält, hatte protestiert.

KOMMENTIERT

Sind Streiks Gift für die Betriebe?

Die IG Metall besitzt — zumindest in der BRD — den Ruf einer Tariflokomotive. Auch in der DDR ging die zahlenmäßig starke Branchengewerkschaft mit Volldampf in die Verhandlungen um künftige Gehälter und soziale Absicherungen. Doch die Tarifgespräche kamen am Donnerstag jäh zum Stehen, durch eine brüske Ablehnung der Unternehmerseite aus dem Gleis geworfen. Die Forderungen der Gewerkschafter nach Kündigungsschutz, Arbeitszeitkürzung, Lohnerhöhungen wurden allesamt abgeblockt. Einzig und allein zu einer Lohnzulage von 150 DM sah man sich in der Lage.

Dabei hatte die IG Metall mit ihren Tarifforderungen wahrlich keine Fahrkarte im Intercity verlangt, sondern wollte vor allem sichern, daß kein Metallarbeiter unter den Zug kommt. In Übereinstimmung mit der Schwestergewerkschaft in der BRD stand Beschäftigungssicherung im Vordergrund und nicht vermessene Lohnforderungen. Franz Steinkühler bemühte sich beim BRD-Unternehmerverband Gesamtmetall, für solch ein Vorgehen die Weichen zu stellen. Anfangs schien es auch so, als ob ein kräftiger Rückenwind aus dem Westen die DDR-Gewerkschafter ein gutes Stück voranbringen könnte. Aber Gesamtmetall stellte sich dann doch stur. Und so reagierte auch die Unternehmerseite in der DDR mit einem schroffen Nein.

Die IG Metall indes gibt nicht auf. Auf regionaler Ebene soll weiter verhandelt werden, Streiks werden nicht ausgeschlossen. Das wird der Regierung kaum gefallen. Streiks, so versicherte Premier de Maizière am Donnerstag vor Unternehmern in Bonn, seien nur in gewinnbringenden Betrieben angezeigt, dort, wo es ums Überleben ginge, bedeuteten sie „Gift". Folgt man dieser Argumentation, so wäre das in der Verfassung verankerte Streikrecht für drei Viertel der Betriebe außer Kraft gesetzt, denn für sie geht es um die nackte Existenz. Um der Unternehmerwillkür Schranken zu setzen und Lohn und Brot für möglichst viele Beschäftigte zu sichern, ist, wenn alle anderen Mittel versagen, Streik das einzige Gegengift.

KLAUS MORGENSTERN

Kopenhagener „Freiheitsbrief"

Europa spreche in Sachen Menschenrechte zunehmend die gleiche Sprache, wähnte Finnlands Außenminister Paasio zum Auftakt der Kopenhagener Menschenrechtskonferenz vor vier Wochen. Nun sind vor dem Bella Center der dänischen Hauptstadt die Fahnen der 35 Teilnehmerstaaten eingeholt, der gastgebende Außenminister Ellemann-Jensen nannte das im Konsens angenommene Dokument vollmundig einen „europäischen Freiheitsbrief".

Erstmals auf einer KSZE-Konferenz war die bis dahin so drastische Dreiteilung Europas in zwei Blöcke und ein Häuflein Neutraler, das zu vermitteln suchte, praktisch passé. Dies findet schon in der Präambel seinen Niederschlag, wo — vor einem Jahr noch nicht denkbar — freie Wahlen, politischer Pluralismus und gemeinsame Rechtsnormen verankert sind. Auf weiteren 20 Seiten sind die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte en detail verbrieft — bis hin zum Recht auf Ausreise und Rückkehr.

Die sozialen Rechte gerieten allerdings in der Euphorie über die vielen neuen Freiheiten allzusehr ins Abseits. Wiewohl gerade bei den Neuankömmlingen in der bürgerlichen Ordnung nächstens Millionen ihres Rechts auf Arbeit verlustig gehen, konnte für die Betroffenen nichts Einklagbares vereinbart werden. Auch ein Versuch der DDR, die sozialen Rechte stärker zu artikulieren, fand wenig Resonanz. Hier muß sich die KSZE-Gemeinde die Frage gefallen lassen, ob sie auch künftig weit hinter der entsprechenden UNO-Konvention zurückbleiben will.

Eine Sprache sprechen — dies bedeutet indes noch nicht, daß alle die gleichen Interessen hätten. In der Minoritätenfrage zum Beispiel war kein weitreichender Konsens zu bekommen. Auch auf die Abschaffung der Todesstrafe konnten sich die 35 (wegen Einspruchs der USA) nicht einen.

Dennoch: Kopenhagen schuf ein gutes Stück Vertrauen, das auf dem weiteren Wege zum KSZE-Gipfel in Paris so dringend nötig ist.

Dr. JOCHEN REINERT

Wenn die Pferde nicht saufen ...

Einen roten Teppich rollten DDR-Premier de Maizière und Kanzler Kohl während ihres Gipfels in Bonn vor den Spitzen der BRD-Wirtschaft aus. Denn während die Uhr der DDR-Währung abläuft, häuften sich Meldungen, Gerüchte oder Andeutungen über ein immer zögerlicheres Verhalten der bundesdeutschen Investoren. „Die Pferde saufen nicht", pflegte der alte Bismarck zu sagen. So muß man wohl den nachdrücklichen Appell der beiden deutschen Regierungschefs interpretieren, doch in dieser historischen Stunde in der DDR einzusteigen, zumal die Volkskammermehrheit alle Sperrklauseln für Unternehmensbeteiligungen bzw. -gründungen aufgehoben hat.

Die Unternehmervertreter und auch die Politiker aus Ost und West verbreiteten nach der Tagung von Politikern, Unternehmern und Gewerkschaftern reichlich Optimismus. Untermauerten ihn mit durchaus ansehnlichen Zahlen. Konkret faßbar und unbestreitbar von außerordentlicher Nützlichkeit ist dabei das beschlossene Projekt zur Förderung der Lehrlingsausbildung. Von der Hand zu weisen auch nicht das Argument von Industrieverbandspräsident Necker, daß Elefanten (sprich Großprojekte) eine längere Tragzeit haben als Mäuse.

Trotzdem zeigten sich die Gewerkschafter skeptisch. DGB-Chef Meyer will kurzfristige Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung in der DDR, nicht Schritte, die erst in ein, zwei Jahren greifen. Prinzipiell waren sich jedenfalls alle darin einig, daß neue Arbeitsplätze dringend nötig sind und die DDR nicht nur zu einem Konsumentenland werden dürfe.

Mancher Ängstliche und Zagende fühlte sich am Donnerstag wieder etwas aufgemuntert durch den Optimismus, andere wieder hielten sich eher an die Worte des Gewerkschafters. Wie auch immer, ab Montag muß es sich zeigen, ob die Geister, die man rief, auch zu beherrschen sind. Da beginnt die Nagelprobe.

FRANZ HELLING, Bonn

Todesschrott

Der unlängst veröffentlichte Report der „Washington Post", der aufhellte, wie es um die in rund 20 Depots lagernde Atommunition auf dem Territorium der BRD bestellt ist, produziert Gänsehaut. Tests der Jahre 1988/89, so schrieb die USA-Zeitung, ergaben, daß die dort untergebrachten amerikanischen WP 79-Granaten defekt bis hin zur Explosionsgefahr sind.

Schon heftige Schläge auf bestimmte fatale Stellen der Waffen, von denen jede einzelne zwei Drittel der Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe besitzt, könnten zu deren Zündung führen. Selbst bei Ausbleiben des Furchtbarsten — einer atomaren Kettenreaktion — wären die Folgen angesichts des freiwerdenden Nuklearmaterials verheerend. 200 Fälle „riskanten Umgangs" mit diesen Monstren sind laut Aussage des USA-Waffenspezialisten Fieldhouse bekanntgeworden.

Inzwischen hat zwar eine „Nachbesserung" der Fehlkonstruktion stattgefunden, aber die Experten schätzen die Munition noch immer als hohes Sicherheitsrisiko ein. Nun müßte man meinen, daß diese nukleare Mißgeburt, die zudem bei der heutigen militärischen Konstellation sinnlos ist, sofort beseitigt würde. Doch weit gefehlt! Die NATO wirft sie keineswegs auf den Müll, sondern behält sie als Teil der „Verhandlungsmasse" ein, um eine dritte Null-Lösung auszuhandeln. Solange diese aussteht, lebt man halt mit dem Todesschrott.

Das offizielle Bonn reagierte auf die WP 79 in gespenstischer Gelassenheit. Verteidigungsminister Stoltenberg meinte, diese gingen die BRD nichts an, und aus dem Außenministerium war zu hören, daß man es für unpassend halte, „jetzt, wo uns die Amerikaner so sehr in der deutschen Frage helfen", peinliche Vorwürfe zu erheben. Auch die Dankbarkeit für die Assistenz in Sachen Einheit hat irgendwo ihre Grenzen.

FRANK WEHNER

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oschmann, Michael Müller, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther (stellvertr. Chefredakteure); Peter Berger, Karin Dörre, Gerd Prokot, Redaktionssekretär Reinhard Götze. Verlagsdirektor Rudolf Danek

Zeitung der Partei des Demokratischen Sozialismus

Ein schneller Aufbruch mit sozialen Härten

Berlin (ND). Stichtag der Währungsunion ist der morgige 1. Juli. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens äußern, befragt nach ihren Erwartungen und Befürchtungen, ihre Meinung zu diesem Ereignis.

WOLFGANG ULLMANN, Volkskammervizepräsident: Ich will mal mit den Befürchtungen anfangen. Ich denke, daß hier in der nördlichen Hälfte der DDR die Befürchtungen überwiegen. Und es ist klar, woher sie kommen. Die vielen Kündigungen, die Bürger jetzt bekommen ... Für andere sind Kündigungen absehbar, weil die Betriebe nicht mehr wirtschaftlich flott sind, in den Konkurs gehen. Das alles ist eine tiefe existentielle Verunsicherung. Die Hoffnung, die man trotz alledem wohl haben darf, ist, daß durch den Anschluß an eine moderne und effiziente Marktwirtschaft auch unsere Wirtschaft auf ein höheres Niveau kommt. Ich denke, daß das auch eintreten wird, muß freilich dazu sagen, daß man das auf eine vernünftige Weise schon eher hätte erreichen können.

REGINE HILDEBRANDT, Ministerin für Arbeit und Soziales: Meine große Hoffnung ist, daß die Öffnung der Mauer, die Öffnung des Horizontes, die Freiheit der Bewegung und der Meinungsäußerung, daß diese für uns wirklich phantastischen Perspektiven die sozialen Härten, die mit dem schnellen Aufbruch verbunden sind, aufwiegen. Ich habe die Hoffnung, daß es für die weitere Zukunft positiv war, diesen Schritt so schnell zu gehen. Meine Befürchtungen sind die, wir bewältigen die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsförderung nicht so, daß man tatsächlich im Endeffekt sagen kann: Es war sozial verträglich. Wir haben die Möglichkeit, mit Kurzarbeitsgeld, mit Qualifizierungs-, Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen das zu bewältigen. Wir müssen aber selbst etwas dafür tun. Ich fürchte, die Bevölkerung ist derzeit noch nicht motiviert genug, die richtigen Schritte zu gehen. Die Betriebe müssen es zu ihrer Aufgabe machen, und die Belegschaftsvertretungen müssen darauf drängen, daß die vorhandenen Mittel und Möglichkeiten auch tatsächlich angewendet und genutzt werden.

HANS-CHRISTIAN STROEBELE, einer der Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen: Das Bedrohlichste daran ist eigentlich für mich, daß einem ganzen Volk, offenbar jedenfalls wesentlichen Teilen der DDR-Bevölkerung, die Selbstachtung genommen wird. Die Folgen eines solchen Aktes sind sowohl in der Geschichte als auch bei Einzelpersonen immer furchtbar gewesen. Ich denke, daß das so eine Art Konkurs-Übernahmevertrag ist. Der Konkurs aber läßt außer acht, daß sich vieles in der DDR hätte anders entwikkeln können, wenn es nicht ganz systematisch im letzten Dreivierteljahr totgeredet worden wäre. Damit meine ich die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Aber die Folgen, die ich wegen der Zerstörung der Selbstachtung befürchte, sind gar nicht so sehr auf materiellem Gebiet, sondern im politischen Bereich, im psychischen Bereich angesiedelt.

GOTTFRIED FORCK, Bischof der Evangelischen Kirche: Ich befürchte, daß eine ganze Reihe von Bürgern in der DDR im Übergang schlechter gestellt sind als zuvor. Es wird deshalb anzunehmen sein, daß sie nach der Währungsunion im Übergang mit ihrem Westgeld weniger kaufen können als sie das zuvor mit unserem Geld konnten. Meine Erwartungen gehen dahin, daß in Einzelfällen die Bundesregierung noch mehr bereit sein wird dazu, für Arbeitslose Umschulungslehrgänge durchzuführen.

Ich erwarte weiterhin, daß es eine Reihe von Mitbürgern geben wird, die sich durch ihre Initiativen künftighin einen besseren Wohlstand als bisher erwerben können und daß sie eine Pflicht mit übernehmen, mit für jene Sorge zu tragen, die in dem nun einsetzenden Konkurrenzwettlauf nur ungenügend teilnehmen können.

„Wall Street Journal":

Ab 1. Juli für DDR kein Zurück mehr

Washington (ADN). „Mit dem Sonntag 8.00 Uhr werden 16 Millionen Ostdeutsche Versuchskaninchen eines ungewöhnlich kühnen wirtschaftlichen wie sozialen Experiments", schrieb das „Wall Street Journal" am Freitag. Sie würden vom sinkenden Schiff des Sozialismus in das eiskalte Wasser des Kapitalismus geworfen. Der größte Nachteil dabei sei, daß sie nicht das Schwimmen unter solchen Bedingungen gelernt hätten. Der 1. Juli markiere einen Punkt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Wirtschaft und Schicksal der beiden deutschen Staaten seien vereint.

„Frankfurter Rundschau"

‚Schnäppchen' für die Energiehaie

Frankfurt (Main) (ADN). Der Vertrag zur Übernahme der DDR-Stromwirtschaft durch drei BRD-Konzerne, den die DDR-Regierung unterzeichnen soll, ist „eher eine Schenkungsurkunde, streng genommen eine Kapitulationsurkunde", schreibt die „Frankfurter Rundschau" am Freitag. Ganze zwei Milliarden Mark für die Kraftwerkssanierung und magere 300 Millionen Mark zur Netz-Modernisierung bei gleichzeitigem Ausschluß sämtlicher Risiken seien für die bundesdeutschen Unternehmen „fürwahr ein Schnäppchen". Was die DDR-Verantwortlichen „zu der Selbstaufgabe veranlaßt hat, ist noch unerfindlich", bemerkt die Zeitung.

Propagandawelle im Anrollen

Berlin (ND-Rehfeldt). Mit einem Aufwand von 25 Millionen DM, die zur Hälfte von der DDR aufzubringen sind, wird in den nächsten Tagen eine Propagandawelle über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion über die Bürger der DDR und der BRD hinwegrollen. Dies teilten die Pressesprecher Klein (BRD) und Gehler (DDR) am Freitag im internationalen Pressezentrum Berlins mit. Sonderdrucke von Zeitungen und Broschüren sowie als „Schmuckstück" ein Zeichentrickfilm „Der kluge Ludwig" seien zu erwarten und informieren über die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft.

Ab 1. Juli — so Gehler — eröffne die D-Mark nicht nur „die Tür zum Paradies", sie sei auch wie ein „Schlüssel zu einer Werkstatt, eine Aufforderung zum Tätigsein". Er räumte ein, daß es auch Risiken und Widersprüche geben werde. Auf Ängste und Sorgen der Bevölkerung der DDR eingehend, die Pastor Heinrich Albertz unlängst in München geäußert hatte, meinte Bundessprecher Klein, es sei ein „unglaubliches Horrorgemälde", wenn er feststelle, daß „die DDR vom Westen überrollt" werde.

Der anwesende Medienminister Dr. Müller ließ in knappen Bemerkungen durchblicken, daß er unter der Bevölkerung Unsicherheiten erkenne. Sein Kommentar: Jetzt müsse die Zeit der Klage und des Selbstmitleids zu Ende sein.

Es riecht nach politischem Strafrecht

Berlin (ND-Stemmler). Im Zusammenhang mit der Währungsunion wurden auf der Volkskammertagung am Freitag zwei Gesetze beschlossen, die auch unmittelbare Wirkung auf Kontoinhaber haben können. So werden alle Personen mit Wohnsitz in der DDR, die Anfang Juni 100 000 Mark und mehr auf einem Buchspar- oder Spargirokonto hatten, bei der Währungsumstellung erfaßt. Das sieht ein Gesetz zur Feststellung von rechtswidrigen Handlungen im Zusammenhang mit der Währungsumstellung der DDR-Mark vor. „Wer durch verbrecherische oder unredliche Machenschaften auf Kosten der Menschen unseres Landes zu erheblichem geldwertem Vermögen gelangt ist", heißt es darin, „genießt keinen Vertrauensschutz und darf nicht zum Nutznießer der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion werden."

Im Rahmen einer Stichprobe sollen bei ausgewählten Konten die Veränderungen des Guthabens gegenüber der Jahresinventur 1989 vom September bei Buchsparkonten beziehungsweise der Monatsinventur Oktober 1989 bei Spargirokonten festgestellt werden. Sofern sich das Kontoguthaben um 50 000 Mark oder mehr erhöht hat, informieren die Geldinstitute die zeitweilige „Prüfbehörde Währungsumstellung".

Bei Personen mit Wohnsitz außerhalb der DDR kann die Prüfbehörde ebenfalls Einsicht nehmen, wenn das Guthaben per 30. Juni 1990 50 000 Mark überschreitet, sofern es sich seit dem 31. Dezember 1989 um 30 000 Mark erhöht hat.

Auch juristischen Personen oder Stellen mit Sitz und Niederlassung in der DDR, die Konten nach dem 1. Januar 1990 neu eingerichtet haben, werden erfaßt, wenn das darauf befindliche Guthaben 250 000 Mark überschreitet.

Schließen die Prüfungen den Verdacht einer Straftat nicht aus, hat die Prüfbehörde bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Anzeige zu erstatten und die Beweismittel zu übergeben.

Im zweiten Gesetz geht es um „den Nachweis der Rechtmäßigkeit des Erwerbs von Umstellungsguthaben". Dazu wurde ein zeitweiliger Sonderausschuß von 21 Abgeordneten gebildet, der die Prüfung des rechtmäßigen Erwerbs anordnen kann. Natürliche und juristische Personen mit Wohnsitz oder Niederlassung in oder außerhalb der DDR haben „auf Verlangen die Rechtmäßigkeit des Erwerbs des zur Umstellung angemeldeten Guthabens nachzuweisen". Das Verlangen kann der Sonderausschuß bis zum 8. Juli stellen und dem Kontoinhaber unverzüglich übermitteln, „wenn Zweifel an dem rechtmäßigen Erwerb des Gesamtguthabens bestehen". Wer solche Zweifel äußern kann, wird leider nicht erklärt.

Bis zu einer endgültigen Entscheidung ist der den bevorzugten Umtausch überschreitende Betrag durch das Geldinstitut zu sperren. Der Kontoinhaber hat innerhalb von nur zehn Tagen die Rechtmäßigkeit des Erwerbs des Gesamtguthabens nachzuweisen. Unrechtmäßigkeit liegt laut Gesetz vor, wenn das Guthaben oder Teile davon durch strafbares oder ordnungswidriges Handeln, durch Handlungen, die einen gröblichen Verstoß gegen die guten Sitten darstellen, durch einen Mißbrauch staatlicher oder gesellschaftlicher Befugnisse oder einer staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit zum Nachteil des Gemeinwohls erlangt wurden — recht undurchsichtige Formulierungen. Der Sonderausschuß prüft die Rechtmäßigkeit und entscheidet. Darüber muß er dem Kontoinhaber und der Staatsbank bis 1. Oktober Mitteilung machen. Gegen die Entscheidung des Sonderausschusses kann der Betroffene zwar Beschwerde einlegen — jedoch beim Sonderausschuß selbst. Wird ihr nicht stattgegeben, fällt das Präsidium der Volkskammer die endgültige Entscheidung innerhalb von vier Wochen.

Prof. Dr. Riege (PDS) erklärte dazu, daß das vorliegende Gesetz ein Ausnahmegesetz sei. Es erfülle nicht die Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren, Rechtsgleichheit werde nicht erstrebt, sondern ausgeschlossen. „Einem Sonderausschuß des Parlaments werden abweichend von den im Recht der DDR generell geltenden Regelungen exekutive und rechtsprechende Funktionen übertragen. Mit der Stellung des Präsidiums der Volkskammer ist es nicht zu vereinbaren, wenn ihm die Rolle eines Obersten Gerichts zugeschrieben wird. Die getroffene Entscheidung steht in der Nähe eines politischen Strafrechts, das vom Parlament mit guten Gründen verurteilt wurde."

Weiter Debatten um Kurt Wünsche

Berlin (ADN). Die wiederholten Angriffe gegen seine Person sieht Justizminister Prof. Dr. Kurt Wünsche als einen Angriff auf das gesamte Kabinett de Maizière. Zugleich äußerte er sich kritisch zu seiner politischen Vergangenheit. „Ich habe nie behauptet, daß ich in der Vergangenheit zu den engagierten und nur verdeckt agierenden Feinden des Sozialismus gezählt habe." Der FDP-Politiker Wolfgang Mischnick vertrat vor Journalisten die Ansicht, daß DDR-Justizminister Kurt Wünsche keine Belastung für die Vereinigung mit den DDR-Liberalen mehr darstelle. Er äußerte die Auffassung, daß Wünsche in Kürze „keinerlei Funktion" mehr ausüben würde, ohne es näher zu interpretieren.

Für DDR-Autoren wenig Tröstliches vom Buchmarkt

Nicht nur Hitze und drangvoller Enge war's geschuldet, daß die Stimmung bei der Zusammenkunft von Schriftstellern und Verlegern der „Noch"-DDR recht gereizt wurde. Die Autoren hatten am Donnerstag in ihr Verbandsdomizil eingeladen, um von kompetenter Seite zu hören, wie ihre Existenz künftig gesichert werden solle. Dafür sind die Verlage, ist ihr Fortbestehen von entscheidender Bedeutung. Die Erfahrungen der Schriftsteller während der letzten Wochen weisen darauf hin, daß alles andere als rosige Zeiten zu erwarten sind. Verträge wurden gekündigt, neue nicht abgeschlossen, geplante Nachauflagen sind auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Autoren aber leben nun einmal von ihren Büchern, und da ihr Erspartes von nun an halbiert ist, trifft sie die marktwirtschaftlich orientierte Verlagspolitik mit aller Härte.

Man hatte wohl die Hoffnung, von den Verlegern Tröstliches zu vernehmen, ein Konzept dafür, wie DDR-Literatur und Kunst mit einem „Schutzzaun" vor dem Ansturm des übermächtigen (BRD-)Marktes bewahrt werden könnte. Allerdings war da — außer ein paar Good-Will-Erklärungen — nichts in Sicht. Aufbau-Verleger Elmar Faber machte klar, daß er für sein renommiertes Haus durchaus Chancen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt sieht. Mitarbeiter entlassen muß jedoch auch er, seinen Autoren aber will er die Treue halten. Das Problem: an BRD-Verlage vergebene Rechte. Entscheidungen sind gefordert, da wohl kaum in einem Absatzgebiet zwei Verlage das Werk eines Autors vertreiben können. Er wie auch seine Kollegen von Reclam, Hinstorff, Neues Berlin, vom Buchverlag Der Morgen und vom Mitteldeutschen Verlag ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß einschneidende Änderungen bevorstehen. Auflagenhöhen werden drastisch reduziert, Honorare gleichermaßen, die Buchpreise steigen — bei den meisten Verlagen sofort — auf bundesrepublikanisches Niveau.

Angesichts der gegenwärtigen Situation, daß Buchhandlungen keine DDR-Literatur mehr beziehen wollen (und sogar auf den Müll werfen), daß kein funktionsfähiges Vertriebssystem mehr existiert, müssen die Verlage erfinderisch sein und sich ein Weilchen vom Prinzip Hoffnung nähren. Einige steigen ins Adreß- und Telefonbuchgeschäft ein, andere suchen ihr Heil in Regionalliteratur, einige verkleinern ihr Titelangebot, andere setzen auf Expansion.

Daß die Schriftsteller nicht beruhigt und zufrieden waren, ergibt sich von selbst. Vorschläge wurden gemacht, für einen Solidaritätsfonds beziehungsweise für einen „Goethe"-Groschen: Zwei Prozent des Erlöses einer Erbe-Publikation sollen lebenden Autoren zufließen. Da wäre die Politik gefragt, doch die zeichnet sich — was die Kultur angeht — durch Sprachlosigkeit aus. Keine Antwort auf das Programm einer Kulturunion. Die eingeladenen Parteienvertreter glänzten durch Abwesenheit. So sind der Worte zwar längst nicht genug gewechselt, doch dringlich wäre es, endlich Taten zu sehen.

KLAUS-DIETER SCHÖNEWERK

PERSONALIEN

Erfahrener Manager

Am Mittwoch kommender Woche will Ministerpräsident de Maizière den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt berufen. Es soll, wie mitgeteilt wurde, der Dortmunder Industriemanager Detlev Karsten Rohwedder sein. Der 1932 in Gotha Geborene ist seit 1980 Vorsitzender der Hoesch AG in Dortmund.

Rohwedder ist ein erfahrener und international anerkannter Wirtschaftsfachmann. Ende 1969 folgte er dem Ruf, als beamteter Staatssekretär in das Bonner Wirtschaftsministerium unter dem Sozialdemokraten Karl Schiller einzutreten. Seit dieser Zeit datiert auch seine Mitgliedschaft in der SPD. Nach Schiller folgten als Wirtschaftsminister Schmidt, Friederichs und Graf Lambsdorff.

DETLEV KARSTEN ROHWEDDER: brachte Hoesch auf volle Touren
ND-Bildschirmfoto: Ulli Winkler

Ihr Staatssekretär hieß immer Rohwedder, der in dieser Eigenschaft auch zuständig war für den Handel zwischen beiden deutschen Staaten. Daran knüpfte er auch im Hoesch-Konzern an und baute vielfältige Beziehungen zu Betrieben und Kombinaten der DDR auf. Er war häufiger Besucher der Leipziger Messe. Unter seiner Leitung erreichte Hoesch in den meisten Geschäftsbereichen, auch bei Stahl, fast eine volle Auslastung und zählt heute wieder zu den finanzkräftigsten Unternehmen der Branche.

Der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt soll nach dem am 17. Juni in der Volkskammer verabschiedeten Gesetz die Geschäftstätigkeit des Vorstandes der Anstalt überwachen und unterstützen sowie ihn bei der Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der Marktwirtschaft beraten.

Rohwedder ist seit 1960 mit einer Landgerichtsrätin verheiratet und hat zwei Kinder.

HERBERT ANNAS

LESERBRIEFE

Offener Brief an den Leiter der Buchhandlung „Karl Marx" in Gera

Am 27. Juni 1990 wurden auf Ihre Veranlassung hin Bücher in einem Gesamtwert von 240 000 Mark zur Vernichtung in Container geworfen. Auf dem Foto (ND vom 28. Juni) entdecke ich Werke meines Freundes und Kollegen Jürgen Leskien, ich lese den Namen des weltbekannten André Gide, ich erfahre aus der Bildunterschrift, daß unter anderem auch Werke von Hans Marchwitza und Karel Čapek füsiliert wurden. Dieser Vorgang entsetzt mich. Die nachgereichte Begründung: „Das Lager muß frei sein für das neue Sortiment" spricht für sich. Ich konzidiere durchaus, daß es eine Reihe von Büchern gibt, die nicht mehr abgesetzt werden können. Die Gründe mögen unterschiedlicher Natur sein. Man hätte die Bücher zum kostenlosen Erwerb auslegen können, beispielsweise. Ihre Methode des „Aussortierens" ist ungeheuerlich. Mir fällt nur ein Datum dazu ein: 10. Mai 1933.

Ulrich Völkel, Arnstadt, 5210

„... und dann sparen wir aufs neue"

Manchmal, wenn mein Gehirn sich weigert, dem rasanten Lauf der Dinge in der Gegenwart zu folgen, dann tauche ich weg in die Literatur und Geschichte vergangener Jahrzehnte oder Jahrhunderte. Und da finde ich dann so etwas wie das Gedicht von Erich Kästner „Auf einer kleinen Bank vor einer großen Bank", in dem es heißt:

...
Uns erfreut das bloße Sparen.
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut ihr's uns ja sowieso.

Nehmt denn hin, was wir
ersparten!
Und verludert's dann und wann!
Und erfindet noch paar Arten,
wie man pleite gehen kann!

Wieder ist es euch gelungen.
Wieder sind wir auf dem Hund.
Unser Geld hat ausgerungen.
Ihr seid hoffentlich gesund.

Heiter stehn wir vor den Banken.
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken!
Keine Angst, wir gehen schon.

Und empfindet keine Reue!
Leider wurdet ihr ertappt.
Doch wir halten euch die Treue.
Und dann sparen wir aufs neue,
bis es wieder mal so klappt.

Ursula Biesold, Leipzig, 7027

Vorruhestand — ein Zauberwort?

Abteilungsleiter bekommen feuchte Augen, wenn sie langjährigen Mitarbeiterinnen als Chance einräumen, was im Falle der Weigerung sofortige Kündigung bedeutet. Jüngere Kolleginnen der Chefetagen seufzen kokett: „Ach, wäre ich doch auch schon 55." Klartext aber ist, mit dem paradoxerweise selbst einzureichenden „Vorruhestand", und hier spreche ich speziell für Frauen zwischen 55 und 60 Jahren, sollen Menschen in einer besonders aktiven Lebensphase — berufliche Kompetenz bei familiärer Entlastung durch flügge gewordene Kinder — aus unserem neu zu gestaltenden gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden. Zum Umschulen zu alt, zum Topflappen häkeln zu jung.

Carla Rudnick, Berlin, 1020

Ein Maßstab für Menschlichkeit

Ohne Ausnahme alle Parteien und Organisationen haben am 18. März versprochen, sich vor allem für die Schwachen und Behinderten einzusetzen. Nach fast vier Monaten sind es eben diese Menschen, die ohne berufliche Chance dastehen und denen zuerst gekündigt wird. Mein Beispiel steht für viele. Unser Sohn Ingo, 21 Jahre alt und schwerstbehindert, blind und hirngeschädigt, arbeitete seit 1987 in der Produktionsgenossenschaft des Blindenhandwerks in Leipzig-Markkleeberg. Am 11. 6. war sein letzter Arbeitstag. Die Kündigung ist auf den 17. 7. 1990 ausgeschrieben, und die Produktionsgenossenschaft hat trotz intensiver Bemühungen des Vorstandes keine Arbeit für die Kollegen gefunden. Unser Sohn erhält als Schwerstgeschädigter eine Rente und ist finanziell gesichert, aber das Problem liegt tiefer. Durch eine sinnvolle Beschäftigung in einem Arbeitskollektiv, und ist diese Arbeit auch einfach und oft monoton, entsteht doch ein Mindestmaß an Wertgefühl, gebraucht zu werden.

Die zuständige Ministerin für Arbeit und Soziales kennt das Problem. Getan wurde bisher nichts. Mit einer möglichen Rentenerhöhung, so notwendig sie sein wird, um die zu erwartenden höheren Lebenshaltungskosten abzufedern, wie man jetzt formuliert, ist das nicht getan. Wichtig ist, daß die Produktionsgenossenschaft des Blindenhandwerks und andere geschützte Werkstätten in dieser komplizierten Situation nicht allein gelassen werden. Ein Maßstab, wie menschlich eine Gesellschaft ist, ist ihre Sorge um die Schwachen und Behinderten.

Balthasar, Leipzig, 7050

Männliche Wortmeldung zum § 218

Ich lehne eine Übernahme des § 218 für die DDR ab. Unsere Frauen sollen selbst entscheiden, ob sie ein Kind austragen wollen oder nicht. Schließlich geht es um die Gesundheit unserer Frauen und Mädchen, die nicht in die Hände von Kurpfuschern gelangen sollen und dann noch dafür bestraft werden. Ich bin aber dafür, daß sie diesen Eingriff bezahlen müssen, zumindest für diese Tage keinen Lohn oder Krankengeld erhalten. Dann würden unsere Mädchen und Frauen auch nicht leichtsinnig sexuelle Kontakte aufnehmen.

Eine Ausnahme bildet die Gesundheit einer Frau, die eine Geburt nicht überstehen würde, oder eine Vergewaltigung mit Folgen. Aber dies müßte dann auch konkret nachgewiesen sein.

Lothar Petermann, Dresden, 8020